

Zeitschrift: Fachzeitschrift Heim
Herausgeber: Heimverband Schweiz
Band: 70 (1999)
Heft: 7-8

Rubrik: In eigener Sache : Tagung in Uster : Delegiertenversammlung :
Leistungsaufträge : Sektionspräsidentenkonferenz / NFA :
Fachverbände KJ und AH : Präsentationstag

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Fachverband Erwachsene Behinderte freut sich, Sie zu seiner dritten Fachtagung einzuladen. Die Tagung richtet sich an Heimleiterinnen und Heimleiter, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Interessierte von Trägerschaften aus Einrichtungen für erwachsene Menschen mit Behinderung.

«Der Profit im Non-Profit-Bereich Wirtschaft und Sozialbereich spannen zusammen»

Montag, 6. September 1999, in der Stiftung Wagerenhof, 8610 Uster

Referenten: Dr. oec. publ. Hans Rudolf Schuppisser,
Sekretär des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes, Zürich
Dr. phil Karin Bernath, wissenschaftliche Mitarbeiterin
der Schweiz. Zentralstelle für Heilpädagogik SZH, Luzern
Michel Golliard, Geschäftsleiter Stiftung Profil, Zürich

Tagungsleitung: Peter Läderach, Leiter der Stiftung Wagerenhof, Uster,
Präsident des Fachverbandes Erwachsene Behinderte

Programm:

- ab 9.00 Kaffeeausschank in der Stiftung Wagerenhof, Uster
- 9.30 Musikalischer Einstieg «Die Band»
- 9.45 Begrüssung durch Peter Läderach
- 10.00 **«Berufliche Integration von Menschen mit einer Behinderung aus der Sicht des Arbeitgebers»**
Dr. Hans Rudolf Schuppisser, Zürich
- 11.00 Kaffeepause
- 11.30 **«Anreizsysteme zur Integration behinderter Menschen in die Arbeitswelt»**
Dr. Karin Bernath, Luzern
- 12.30 Organisatorische Hinweise
- 12.45 Mittagessen
- 14.00 **Ideenbörse:**
 - **«Step by Step – Der lange Weg von Projekt zur Wirklichkeit eines Profit-Restaurants»**
Erich Aschwanden, Stiftung Glattal und Unterland, Kloten
 - **«Seitenwechsel auf der Lehrlingsebene»**
Bruno Rotach, Stiftung Glattal und Unterland, Kloten
 - **«Berufsreifungsklasse Johanneum»**
Hans Seiler, Schulleiter Heilpäd. Zentrum Johanneum, Neu St. Johann
 - **«Beschützende Arbeitsplätze in der Verwaltung des Kantons Aargau»**
Irene Raab, Abt. Sonderschulung, Heime + Werkstätten, Aarau
 - **«Die Integration behinderter Menschen in der Victorinox»**
Robert Heinzer, Victorinox AG, Ibach
 - **«Realisieren von Visionen»**
Maya und Ruedi Baumann, Judith Rauber, Stiftung für ganzheitliche Betreuung, Rüti
- 16.00 Kaffeepause
- 16.15 **«Gesucht: Arbeitsplätze»**
Michel Golliard, Geschäftsleiter Stiftung Profil, Zürich
- 16.45 Ende der Tagung



Lebensbaum
(Eisen geschmiedet)
Skulptur der Stiftung Wagerenhof

Personenmitglieder und Mitgliedheime des Bereiches Erwachsene Behinderte erhalten Programm und Anmeldekarte Anfang Juli automatisch zugestellt. Alle weiteren Angaben entnehmen Sie bitte diesen Unterlagen oder verlangen Sie diese unter unserer neuen Telefon-Nummer 01/385 91 91; FAX 01/385 91 99, Heimverband Schweiz

Delegiertenversammlung 1999 beim Heimverband Schweiz in Zürich

ZUSTIMMUNG ZU ALLEN TRAKTANDEN DAS PROJEKT TSCHECHIEN UND EIN SPANNENDES REFERAT

Protokoll: Alice Huth

Einleitung zur DV und Zusammenfassung Referat Schiess: Erika Ritter

Eine «gute» Veranstaltung! Mit diesen Worten lässt sich der Gesamteindruck der diesjährigen Delegiertenversammlung beim Heimverband Schweiz vom 11. Juni im Restaurant «Au premier», Zürich, am besten umschreiben. Im geschäftlichen Teil fanden sämtliche Traktanden Zustimmung, Zentralvorstand und Präsidentin wurden im Amt bestätigt, Hans Röthlisberger, Effingen, als neues ZV-Mitglied gewählt und der Bisherige, Markus Eisenring, teilweise aus dem Amt entlassen. Eisenring scheidet aus dem Zentralvorstand aus, bleibt jedoch weiterhin Präsident des Fachverbandes Kinder und Jugendliche. Als «Bereicherung» des Tages referierte bereits am Morgen Viktor Schiess zum Thema «Leistungsauftrag – eine Herausforderung für Institutionen im Sozialbereich». Zudem brachte der Tag einen Beitrag von Fr. 2000.– in die Kasse «Projekt Tschechien».

Mit dem Referat von Viktor Schiess, Unternehmensberater, Aarau, zum Thema «Leistungsauftrag» war bereits am Morgen für Spannung gesorgt. So konnte die Zentralpräsidentin, Nationalrätin Christine Egerszegi-Obrist, eine stattliche Zahl von Delegierten und eine ebenso ansehnliche Schar von Gästen aus anderen Verbänden in Zürich willkommen heissen.

Viktor Schiess stiess mit seinen Ausführungen zu den Leistungsaufträgen auf reges Interesse und hatte nach dem Referat eine ganze Reihe von drängenden Fragen zu beantworten. (Die Zusammenfassung zum Referat Schiess findet sich im Anschluss an das DV-Protokoll auf Seite 433.)

Einleitend zum geschäftlichen Teil vermittelte Christine Egerszegi-Obrist einen Rundblick zum Geschehen auf dem Gebiet der Sozialpolitik. Vor dem Hintergrund eines Verteilungskampfes prägen der neue Finanzausgleich wie diverse Revisionen das politische Bild: Wer erhält was vom Kuchen zugeteilt? Wie die Zentralpräsidentin ausführte, sind derzeit im Parlament 105 Vorstösse bezüglich Aufbau des Sozialstaates hängig. Sie betonte, dass sich die Sozialpolitik als spannendes Feld erweise, doch gelte es Positionen zu beziehen, was nicht immer leicht sei. Für den Heimverband Schweiz würden, als Verband, grosse Veränderungen anstehen und «...der Verband wird bestehen müssen», meinte sie.

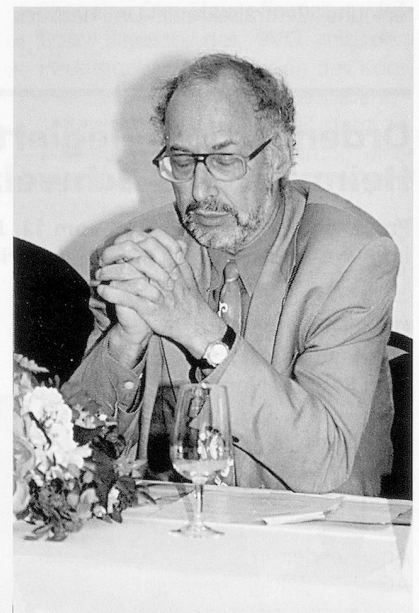
Sie griff das Thema «Positionen beziehen müssen» in der Folge vor den traktandierten Gesamterneuerungswahlen im Vorstand nochmals eingehend auf und wies darauf hin, dass sich in der Politik zwei Pole gegenüberstehen: Sozialpolitik ist nicht möglich ohne sich darum zu kümmern, woher das nötige Geld kommt –; und: Wirtschaftspolitik ist nicht möglich, ohne sich darum zu kümmern, wohin das Geld fliesst. So sah sie sich durch das sozialpolitische Geschehen der vergangenen Monate in ihrem Amt selber in Frage gestellt. «Es ist nicht möglich, in der Sozialpolitik parteipolitisch neutral zu bleiben!» Es sei aber auch nicht von Vorteil, blindlings Lobbyismus zu betreiben. Christine Egerszegi sprach damit bewusst die Positionierung als aktive Politikerin an. «Wer sich einsetzt, setzt sich aus!» stellte sie fest und gab den Delegierten den Rat, dies zu bedenken.

Christine Egerszegi-Obrist wurde daraufhin mit überzeugendem Mehr für die nächsten vier Jahre in ihrem Amt als Zentralpräsidentin beim Heimverband Schweiz bestätigt. Die bisherige/neue Präsidentin gab ihrer Freude darüber Ausdruck und betonte, sie mache die Arbeit beim Heimverband Schweiz gerne und wolle sich weiterhin für das gemeinsame Ziel im Heimwesen einsetzen. Dieses Ziel sei nicht immer einfach zu definieren, gelte es doch den Aspekten Arbeitgeber/Arbeitnehmer, Anbieter/Nutzer und anderen gegensätzlichen

Aspekten und Anforderungen von allen Seiten oft in einer Gratwanderung gerecht zu werden. Auf die Frage nach ihrer Stellung beim NFA wies sie auf die kommende Klausurtagung mit dem ZV im August hin, welche eine offizielle Stellungnahme des Heimverbandes Schweiz bringen soll.

Röthlisberger folgt auf Eisenring

Aus dem Zentralvorstand gab es einen Rücktritt zu vermeiden: Markus Eisenring trat nach mehrjähriger Mitarbeit von seinem Amt im ZV zurück. Er bleibt jedoch weiterhin Präsident beim Fachverband Kinder und Jugendliche.



Ein nachdenklicher Demissionär: Markus Eisenring wurde 1991 als Mitglied in die damalige Kommission Heimerziehung gewählt und übernahm bereits 1992 deren Präsidium. Am 13. Juni 1993 wurde er in den Zentralvorstand berufen und übernahm – nach dem «Umbau» des Heimverbandes Schweiz – das Präsidium des neuen Fachverbandes Kinder und Jugendliche, welches er mit grossem Engagement leitete. Eisenring übernimmt nun heimintern neue Aufgaben und wollte sich daher von seinem Amt im ZV entlasten. Präsidentin und Kollegen bedankten sich für seine wertvolle Mitarbeit in all den Jahren seiner Mitarbeit im Zentralvorstand.



Bereit zur Mitarbeit: Als Nachfolger von Markus Eisenring wurde Hans Röhli, dipl. Heimleiter im Schulheim Effingen, gewählt. Röhli arbeitet bereits im Vorstand des Fachverbandes Kinder und Jugendliche mit und ist Leiter der Arbeitsgruppe «Qualitätsmanagement» beim VAKJB (Sektion Aargau KJ und EB) sowie Vorstandsmitglied im Verein für betreutes Wohnen «Chleematt Mülligen».

Alle übrigen Chargierten stellten sich zur Wiederwahl und wurden unter Verdankung der geleisteten Arbeit einstimmig im Amt bestätigt, ebenso die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission.

Dass Quästor Felix Graf einen guten Abschluss der Rechnung 1998 vorlegen konnte, dass die Fachverbandspräsidenten und Zentralsekretär Dr. Hansueli

Mösl ein reichbefruchtetes Tätigkeitsprogramm 1999 präsentierten, darüber sowie über alle Details der DV gibt das Protokoll von Alice Huth Auskunft.

Die Versammlung schloss mit einer Dankesrunde der Präsidentin an die Delegierten, die Vorstandskolleginnen und -kollegen sowie an das gesamte Team auf der Geschäftsstelle in Zürich.

Ordentliche Delegiertenversammlung 1999 Heimverband Schweiz

Protokoll der Versammlung vom 11. Juni 1999, 13.30 bis 15.30 Uhr
im Bahnhofbuffet «Au Premier», Zürich

Delegierte und zusätzlich vertretene Stimmen aus den Sektionen/ dem Regionalverein

Delegierte aus dem Schweiz. Berufsverband der Heimleiter und Heimleiterinnen:

Anwesende:

AG	(Betagtenbereich)
	keine
AG	(Kinder-/Jugend- und Behindertenbereich)
	keine
AR/AI	Manser Martha, Schläpfer Werner
BE	keine
BS/BL	keine
GL	Petruzzi Franco, Zogg Hanspeter
GR	keine
SG	Möri Walo, Wäsche Renate

SH	Müller Karl
SO	keine
SZ	keine
TG	Brönnimann Peter, Gall Robi
UR	keine
ZH	Wydler Rosmarie
ZS	Amrhyn Ignaz, Troxler Vreni

Vertretene Stimme:

SG	Niederberger Leopold
SH	Thomer Stefan
ZH	Dähler Kari
ZS	Amport Werner

Entschuldigt:

AG	Betagtenbereich: Hossmann Roger
BE	Züllig Ruedi
BS/BL	Honegger Otto Max
GR	Engensperger Margrit
SG	Niederberger Leopold

SH	Thomer Stefan
SO	Mäder René
ZH	Dähler Kari, Rolli Fritz
ZS	Amport Werner

Abwesend:

BS/BL	Martin Friedrich
GR	Tschärner Luzi

Delegierte aus den Fachverbänden:

Anwesende:

AG	(Betagtenbereich)
	Vonesch Lotti
AG	(Kinder-/Jugend- und Behindertenbereich)
	Breitschmid Manfred, Bringold Peter
AR/AI	Biagioli Paul, Hüberli Emil
BE	Moser Annemarie, Poncet Ruedi, Vögeli Fritz, Wüthrich Urs
BS/BL	keine
GL	Gwerder Marlies, Lendi Richard
GR	Karrer Felix, Kempster Hubert, Ritter Bruno
SG	keine
SH	Franke Werner, Scholz Fritz
SO	Bohren Rolf, Schmid Vreni
SZ	Fässler Alois
TG	Graf Urs, Landolt Jakob, Strehler Heidi, Wirth Felix
UR	Petruzzi Marco
ZS	keine
ZH	Aschwanden Magyan, Etzensperger Harry, Haab Brigitte, Keller Vreni, Wojak Angelika, Miotti Thomas

Vertretene Stimme:

AG	(Betagtenbereich)
	Lütold Heinz
AG	(Kinder-/Jugend- und Behindertenbereich)
	Schierbaum Mickey
AR/AI	Willener Erich
BE	Rosatti Peter
SZ	Mettler Alois
ZH	Junkert Heinz

Entschuldigt:

AG	Betagtenbereich: Deiss Dieter, Hösli Ruedi, Lütold Heinz
AG	Kinder-/Jugendbereich: Schierbaum Mickey, Hämmerle Urs
AR/AI	Willener Erich
BE	Hostettler Annemarie, Kissling René, Kläy Fritz, Rosatti Peter
GL	Franz Christoph
GR	Rüegg Martin
SG	Ludin Franz, Studer Gregor

SZ Mettler Alois
ZH Haltiner Robert,
Junkert Heinz,
Weissmann Ulrich

Abwesend:
AG Betagtenbereich
Märki Ueli

Zentralvorstand:

Egerszegi-Obrist Christine (Vorsitz),
Eisenring Markus, Graf Felix,
Holderegger Peter, Läderach Peter,
Meier-Knechtle Trudi, Spirig Roman,
Wüthrich Peter.

Neu zu wählendes Mitglied:
Röthlisberger Hans

Entschuldigt: Messerli Ernst

Zentralsekretariat:

Mösle Dr. Hansueli, Gmünder Paul,
Huth Alice (Protokoll), Meyer Susanne,
Portmann Daria, Ritter Erika,
Valkanover Lore

Geschäftsprüfungskommission:

Scheidegger Eduard (Präsident),
Zogg Hanspeter, Amrhyn Vreni

Entschuldigt:
Limberger Elisabeth, Lareida Reto

Gäste:

Elmiger Franz, Geschäftsführer VCI,
Luzern
Aebischer Mirjam, Geschäftsführerin
SVE, Zürich
Fempel Margot, Präsidentin Schweiz.
Berufsverband der SozialpädagogInnen,
Baden-Rüti
Fusi Luigi, Leiter Sektion Tessin der
ARODEMS, Agno
Althaus Katharina, Abteilungsleiterin
des Amtes für Altersheime der Stadt

Zürich, als Vertreterin von Herrn Stadt-
rat Robert Neukomm
David Buck, Schweiz. Senioren- und
Rentnerverband, Zürich

Präsidenten Sektionen:

Dittli Franz, Sektion Uri

Entschuldigt:
Kälin Noldi, Sektion Schwyz

Traktanden:

1. Abnahme des Protokolls der
Delegiertenversammlung vom
19. Juni 1998
2. Abnahme der Jahresberichte 1998
der Zentralpräsidentin, des Zentral-
sekretärs, der Fachverbände, des Be-
rufsverbandes, der Kommissionen
und des Bildungswesens
3. Abnahme der Jahresrechnung 1998
Genehmigung des Budgets 1999
4. Rücktritte/Wahlen
 - 4.1. Zentralvorstand
 - 4.2. Geschäftsprüfungskommission
GPK
5. Ausblick auf die Tätigkeiten 1999
 - 5.1. Orientierungen
der Fachverbände
des Berufsverbandes
des Zentralsekretariates
 - 5.2. Genehmigung des Jahres-
tätigkeitsplanes 1999
6. Anträge und Wünsche aus den
Sektionen/dem Regionalverein
7. Verschiedenes, Umfrage

Präsidentin Christine Egerszegi-Obrist
begrüssst die Anwesenden ganz herzlich
und gibt ihrer Freude darüber Ausdruck,
dass nebst den Delegierten auch wieder
einige Gäste an der heutigen Versamm-
lung teilnehmen.

Als Stimmzähler werden gewählt:
Walo Möri, St. Gallen, und Erich Loser,
Hinwil.

Die Delegierten werden namentlich
aufgerufen. Von den 45 gewählten De-
legierten aus den Fachverbänden sind
deren 36 (Stimmen) anwesend, von den
24 gewählten Delegierten aus dem
Schweiz. Berufsverband deren 16 (Stim-
men), also total 52 Delegiertenstimmen
(von total 69 gewählten Delegierten).
Die Versammlung ist damit beschluss-
fähig.

Die Unterlagen wurden den Delegier-
ten fristgerecht zugestellt. Im Zentralse-
kretariat gingen keine Anträge zur Trak-
tandenliste ein.

Von den Delegierten werden keine
Änderungen der Traktandenliste ge-
wünscht.

Die Präsidentin Christine Egerszegi-
Obrist gibt eingangs einen Rundblick
auf das sozialpolitische Geschehen:

- Finanzausgleich: Es stehen etliche Re-
visionen an, die auf dem Hintergrund
eines sehr grossen Verteilkampfes
entstanden sind.
- Revision der freiwilligen AHV im Rah-
men der bilateralen Abkommen im
europäischen Raum.
- 11. AHV-Revision mit den Haupt-
punkten: Sicherstellung der AHV und
Gleichstellung von Frauen und Män-
nern innerhalb der AHV.
- Neue AHV-Initiative, die beliebt ma-
chen will, dass die AHV inskünftig
über eine Öko-Steuer finanziert wird.
- Erste Revision des BVG mit dem
Hauptpunkt der Reduktion des Koor-
dinationsabzuges für Teilzeitstellen.
- IV-Revision: Der zweite Teil steht an.
Wichtigster Punkt: Einführung einer
Assistenzentschädigung. Kosten rund
70 Millionen Franken.
- Ergänzungsleistungen: Die 3. Revision
ist abgeschlossen. – In der Kommissi-
on für soziale Sicherheit und Gesund-
heit wird das Thema Ergänzungslei-



Gute Arbeit geleistet! Die Delegierten bestätigten unter der Leitung von Tagespräsident Markus Eisenring den Zentralvorstand in globo im Amt, dies verbunden mit einem herzlichen Dankeschön für die geleistete Arbeit (rechts aussen: Richard Lendi, stellvertretend für Ernst Messerli).



«Wer sich einsetzt, setzt sich aus!» Nationalrätin Christine Egerszegi-Obrist fand die richtigen Worte zur richtigen Zeit und wurde klar als Zentralpräsidentin wiedergewählt.

stungen mit Blick auf Familien in schwierigen finanziellen Verhältnissen diskutiert. Ausserdem wird in einer Subkommission ein Modell für Ergänzungsleistungen für ältere, ausgesteuerte Arbeitnehmende ab dem 55. Altersjahr bis zur Pensionierung ausgearbeitet.

- Die EO-Revision – Anhebung der Ansätze für Dienstleistende – ist abgeschlossen und wird per 1. Juli 1999 in Kraft treten.
- Arbeitslosenversicherung: Die Revision wird voraussichtlich ab Herbst in den Räten diskutiert. Gewisse Korrekturen sind notwendig, insbesondere bezüglich der Dauer der Entschädigung.
- Über die Mutterschaftsversicherung wird am kommenden Wochenende abgestimmt.
- Im Parlament stehen zurzeit insgesamt 105 Vorstösse an, die es zu behandeln gilt, u.a. eine kostendeckende Kinderrente von Fr. 600.– pro Kind und Monat, die Gleichstellung der Behinderten, die Teilrevision des KVG, in der im 2. Teil v.a. auch die Heimfinanzierung diskutiert wird, nachdem man mit der Initiative Rychen, die die Krankenkassenbeiträge beschränken wollte, zu keinem Schluss kam. Die Öffentliche Hand – Kantone und Gemeinden – muss dazu verpflichtet werden, Restbeiträge zu übernehmen.

Die Verteilung der finanziellen Mittel wird zu einem Ringen um Anteile werden, bei dem es gilt, Positionen einzunehmen und durchzutragen. Entscheide werden zu fällen sein, die eine Gesamtverantwortung erfordern und dadurch

oft auch ein Zurückstecken von Einzelwünschen bedingen, damit Zukunftsprobleme sinnvoll gelöst werden können.

Auch im Heimverband Schweiz stehen Veränderungen an, indem die Subventionen des Bundesamtes für Sozialversicherung ab dem Jahr 2001 degressiv gekürzt werden; die Einbussen werden unter anderem durch neue Dienstleistungen und über neue Tätigkeitsfelder ausgeglichen werden müssen.

Damit leitet die Präsidentin über zum geschäftlichen Teil der Versammlung.

Traktandum 1 Abnahme des Protokolls der Delegiertenversammlung vom 19. Juni 1998

Dieses wurde in der Juli/August-Ausgabe 1998 der Fachzeitschrift Heim veröffentlicht. Es wird von den Delegierten einstimmig genehmigt.

Traktandum 2 Abnahme der Jahresberichte 1998 der Zentralpräsidentin, des Zentralsekretärs, der Fachverbände, des Berufsverbandes, der Kommissionen und des Bildungswesens

Folgende Berichte wurden in der April-Ausgabe 1999 der Fachzeitschrift Heim publiziert:

- der Zentralpräsidentin
- des Zentralsekretärs
- des Quästors
- des Bildungswesens
- des Schweiz. Berufsverbandes für Heimleiter und Heimleiterinnen
- des Fachverbandes Betagte
- des Fachverbandes Erwachsene Behinderte
- des Fachverbandes Kinder und Jugendliche
- der Kommission Fachzeitschrift

Sie werden von den Delegierten einstimmig genehmigt.

Traktandum 3 Abnahme der Jahresrechnung 1998 Genehmigung des Budgets 1999

Jahresrechnung 1998

Felix Graf freut sich, dass die erste Rechnung, die er in seinem Amt als Quästor heute präsentiert, ein positives Ergebnis zeigt, und dankt allen ganz herzlich, die durch ihr Engagement und ihre Arbeit dazu beigetragen haben, insbesondere auch dem Team der Geschäftsstelle des Heimverbandes Schweiz und den beiden im Rechnungsjahr verantwortlichen Zentralsekretären, Werner Vonaesch und Hansueli Möhle.

Die grössten Abweichungen zwischen Budget und Rechnung 1998 begründet Felix Graf wie folgt:

Bei der Fachzeitschrift Heim konnten dank einer Reduktion der Druckseiten Einsparungen erzielt werden. Der Mehraufwand bei den Besoldungen setzt sich aus einem an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgerichteten Bonus und aus Überzeitentschädigungen zusammen. Bei der EDV mussten weder neue Programme angeschafft noch sonstige ernsthafte Probleme gelöst werden, so dass der budgetierte Betrag nicht voll ausgeschöpft wurde. Weniger Mittel mussten für die laufenden Projekte, insbesondere für das Projekt «Pro Societa» und für die sog. PR-Kopfgruppe, aufgewendet werden.

Auf der Ertragsseite zeigen sich bei der Fachzeitschrift Heim Mehreinnahmen dank einer Steigerung der Kommerz- und der Stelleninserate um rund 8%. Im Bereich Kurswesen trugen insbesondere die sehr gut besuchten Fachtagungen, aber auch die gut besuchten kurzen und langen Kurse dazu bei, dass Mehreinnahmen verbucht werden konnten.

Der Ertragsüberschuss von rund Fr. 12 000.– wird dem Eigenkapital zugewiesen.

Die Präsidentin dankt dem Quästor und gibt das Wort weiter an Eduard Scheidegger, Präsident der Geschäftsprüfungskommission.

Dieser erklärt, dass die GPK am 25. Februar 1999 getagt und die Geschäfte geprüft habe. Die Rechnung wurde vorgängig von der Finanz-Treuhand in Zürich revidiert. Revisionsbericht und Bericht der GPK waren den Delegierten mit den Versammlungsunterlagen zugestellt worden. Eduard Scheidegger dankt einerseits dem Zentralvorstand und dem Zentralsekretär Dr. Hansueli Möhle und andererseits dem Quästor Felix Graf für die geleistete grosse Arbeit und beantragt den Delegierten, dem Zentralvorstand und der Geschäftsleitung Entlastung zu erteilen, die Jahresrechnung 1998 zu genehmigen und die Geschäftsstelle zu entlasten.

Die Delegierten folgen diesem Antrag einstimmig.

Budget 1999

Es wird mit einem Ausgabenüberschuss von Fr. 46 000.– gerechnet. Auch hier nimmt Felix Graf zu den grösseren Abweichungen Stellung.

Ein Mehraufwand bei den Besoldungen ergibt sich durch eine Erhöhung der Stellenprozente auf der Geschäftsstelle des Heimverbandes Schweiz, nicht zuletzt als Folge des Realisierungskonzeptes. Mehrausgaben bei der Büromiete werden sich durch den Umzug der

Geschäftsstelle in neue Büroräumlichkeiten an die Lindenstrasse 38 im Zürcher Seefeld im Juli 1999 ergeben. Im Bereich «Laufende Projekte» werden Mehrausgaben zu verzeichnen sein, insbesondere für das Projekt Tschechien im Rahmen des Jahres der älteren Menschen.

Auf der Ertragsseite wird bei der Fachzeitschrift Heim durch Erhöhungen der Abonnementspreise ein Mehrertrag erwartet. Im Verlag wird das Neuprodukt «Kostenrechnung» für den Betagtenbereich lanciert, das auf höhere Einnahmen in dieser Sparte hoffen lässt. Auch bei der Stellenvermittlung dürften – durch Anheben der Einschreibgebühren für Stellensuchende – höhere Einnahmen erzielt werden. Gegenteilig dürfte sich das Kurswesen präsentieren, können die extrem hohen Teilnehmerzahlen an Veranstaltungen im Rechnungsjahr 1998 für das Jahr 1999 nicht mehr erwartet werden. Ausserdem werden weniger Kurse für Heimleitungen durchgeführt. Die budgetierten Betriebsbeiträge an die Diplomausbildungen für Heimleitungen basieren auf den subventionsberechtigten Einheiten des vergangenen Jahres, werden jedoch immer erst im Folgejahr ausgerichtet.

Auch das Budget 1999 wird von den Delegierten einstimmig genehmigt.

Mit einem herzlichen Dank an Felix Graf leitet die Präsidentin über zum folgenden Geschäft.

Traktandum 4 Rücktritte/Wahlen

4.1. Zentralvorstand

«Es fällt uns nicht leicht, Markus Eisenring aus dem Vorstand wegziehen zu sehen.» Mit diesen Worten gibt Christine Egerszegi den Rücktritt dieses Vorstandsmitgliedes bekannt. Markus Eisenring wurde am 13. Juni 1995 von den Delegierten in den Vorstand gewählt, als Folge der Strukturreform und in seiner Eigenschaft als Präsident des

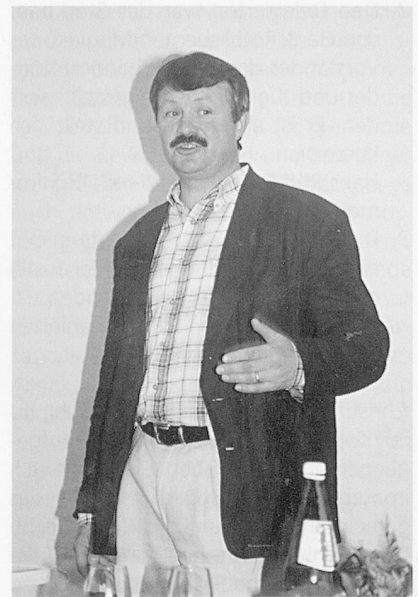
Fachverbandes Kinder und Jugendliche, zusammen mit den anderen Präsidenten der Fachverbände und des Berufsverbandes. Er nahm an den ZV-Sitzungen mit grossem Engagement teil, äusserte seine Meinungen auf sehr fachkundige Art und aus einer sozialen Haltung heraus, die allen grossen Respekt abverlangte. Er bemühte sich insbesondere auch um gute Kontakte zu Partnerverbänden und war damit zu manchen Aussenstationen ein Brückenbauer. Markus Eisenring war dem Heimverband Schweiz schon lange kein Unbekannter mehr. Bereits am 6. Juni 1991 wurde er in die damalige Kommission Heimerziehung gewählt, und bereits im darauffolgenden Jahr wurde er vom Zentralvorstand zum Kommissions-Präsidenten nominiert. Auch in der Sektion Zürich arbeitete er engagiert mit.

Markus Eisenring wird in seinem Heim vorübergehend eine Zusatzaufgabe übernehmen und will sich aus diesem Grunde entlasten. Er wird jedoch weiterhin das Amt des Präsidenten des Fachverbandes Kinder und Jugendliche ausüben und im Vorstand der Sektion Zürich mitarbeiten und damit ein wertvolles Bindeglied zum Heimverband Schweiz bleiben.

Die Präsidentin dankt Markus Eisenring sehr herzlich für seine in diesen Jahren geleistete Arbeit; sie überreicht ihm ein Präsent, und mit einem herzlichen Applaus der Anwesenden wird Markus Eisenring aus dem Zentralvorstand verabschiedet.

Die Wahl der Präsidentin und aller übrigen Mitglieder des Zentralvorstandes steht – nach einer Amtsperiode von 4 Jahren – an, und zwar wiederum für eine Dauer von 4 Jahren. Die Wahlen erfolgen mit dem absoluten Mehr.

Christine Egerszegi-Obrist hält kurz Rückschau: Sie habe erstmals vor vier Jahren hier gestanden, und sie erinnere sich, dass damals die Frage an sie gestellt worden sei, ob man sich eine Freisinnige als Präsidentin vorstellen könne. Sie habe damals geantwortet, dass – egal wo man in der politischen Landschaft stehe – man immer zwei Pole berücksichtigen sollte: Sozialpolitik könne man nicht machen, ohne sich darum zu kümmern, woher das Geld komme; und Wirtschaftspolitik könne man nicht machen, ohne sich darum zu kümmern, für wen man sie mache. Man brauche den Blick für das Ganze – je nach politischer Stellung stehe man jedoch irgendwo eher auf der einen oder der anderen Seite. Es sei ihr bekannt, dass es im Heimverband Schweiz einige Stimmen gebe, die sich an gewissen Auftritten von ihr störten. In der Politik gelte es jedoch, immer wieder Stellung zu bezie-



Quästor Felix Graf präsentierte erstmals die Rechnung.

hen, und wer sich einsetze, setze sich auch aus. Sie stelle sich heute einer Wiederwahl, möchte ihre Ausführungen und ihren politischen Standort jedoch von den Delegierten in ihre Überlegungen und ihren Entscheid miteinbezogen wissen. Persönlich mache es ihr Freude, im Zentralvorstand mitzuarbeiten. Damit übergibt die Präsidentin das Wort an Markus Eisenring, der ohne Einwand seitens der Delegierten zum Tagespräsidenten für das Wahl-Traktandum berufen wird.

Markus Eisenring sieht vor, die Wahlgeschäfte gemäss Statuten in einem dreistufigen Verfahren vorzunehmen:

1. Wahl der Präsidentin
2. Wahl eines neuen Mitgliedes
3. Wiederwahl der übrigen ZV-Mitglieder

Von den Delegierten wird keine geheime Wahl verlangt.

Auf eine Zwischenfrage von Urs Wüthrich zur Stellung der Präsidentin in Sachen Finanzausgleich – einem wichtigen Problem für die Heime – und seinem Wunsch, dass es schön wäre, wenn die Präsidentin in dieser Sache die Meinung des Heimverbandes Schweiz vertreten würde, nimmt Christine Egerszegi dahingehend Stellung, dass der Heimverband Schweiz die Verbandsmitglieder auffordern werde, ihre Anliegen bekanntzugeben und dass der Zentralvorstand in der im August 1999 stattfindenden Klausur unter anderem auch eine Stellungnahme zu diesem Thema ausarbeiten werde.

Markus Eisenring schreitet zur Wahl:

1. Die Präsidentin wird mit 41 Stimmen wiedergewählt.

Als tolles Publikum...

...erwiesen sich die Delegierten beim Mittagessen anlässlich einer Bildversteigerung zu Gunsten der Kasse «Projekt Tschechien», ein Beitrag zum UNO-Jahr der älteren Menschen, und beim Verkauf der «Frechen Sprüche», ebenfalls für die Kasse Tschechien bestimmt. Insgesamt konnten nach Abschluss der Versammlung Fr. 2000.– als Beitrag an die Logistikkosten verbucht werden. Vielen Dank!

Erika Ritter

2. Den Delegierten war der Steckbrief von Hans Röthlisberger, Mitglied des Vorstandes des Fachverbandes Kinder und Jugendliche, zugestellt worden. Er ist anwesend und stellt sich kurz vor.
Hans Röthlisberger wird mit 43 Stimmen gewählt.
3. Die Delegierten haben nichts gegen eine Wiederwahl in globo der restlichen ZV-Mitglieder einzuwenden. Sie werden von den Delegierten mit 45 Stimmen wiedergewählt.

Christine Egerszegi dankt für das ihr, ihrer Kollegin und ihren Kollegen entgegengebrachte Vertrauen. Sie werde sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für das gemeinsame Ziel und das Wohl der in den Heimen Betreuten einsetzen. Sie gratuliert dem neuen Vorstandsmitglied Hans Röthlisberger zur Wahl und überreicht ihm einen Blumenstrauss.

4.2. Geschäftsprüfungskommission

Diese wurde 1998 für eine weitere Amtsdauer wiedergewählt. Damit der Wahlzyklus der selbe ist wie für den Zentralvorstand, wird die Wahl nochmals für eine Amtsdauer von 4 Jahren vorgenommen.

Zur Wahl stellen sich Eduard Scheidegger, Präsident, Elisabeth Limberger und Hanspeter Zogg sowie als Ersatzmitglieder Vreni Amrhyn und Reto Lareida.

In globo und einstimmig werden sie von den Delegierten wiedergewählt.

Traktandum 5 Ausblick auf die Tätigkeiten 1999

5.1. Orientierungen

Nachdem die Jahrestätigkeitspläne den Delegierten mit der Traktandenliste zugestellt worden waren, beschränken sich die Präsidenten der Fachverbände und des Berufsverbandes auf wichtige oder zusätzliche Informationen:

Peter Holderegger/Präsident des Fachverbandes Betagte:

- Die Fachtagung findet dieses Jahr bereits im September statt, und zwar am 16. und 17. im Kongresszentrum Davos. Das Thema lautet: «Konfliktpotential Angehörige? Wie gehen wir auf die Erwartungen der Angehörigen ein?»
- Das Projekt «Pro Societa», das unter der Leitung von Prof. Dr. Hans-Dieter Schneider, Universität Fribourg, steht, ist in der Theorie sozusagen abgeschlossen. Es geht nun um die Umsetzung in die Praxis.
- QAP Qualität als Prozess: Acht Heime sind zertifiziert und rund fünfzig Heime sind in der Prozessphase. Eine ERFA-Gruppe soll nun die Bedürfnisse

in den Heimen eruieren, damit die Frey-Akademie diese ins QAP aufnehmen kann.

- Ethik-Richtlinien: Zusammen mit der IG Altern soll ein Video und ein Projekthandbuch erstellt werden, damit die Richtlinien in den Heimen richtig ein- und durchgeführt werden können.
- Es wird geplant, im Jahr 2000 eine grosse Info-Tagung im Gesundheitswesen – Spitex, Heime usw. – durchzuführen.

Markus Eisenring/Präsident des Fachverbandes Kinder und Jugendliche:

- Der Vorstand will in einer Klausur über eine neue Arbeitsform bzw. Arbeitsteilung beraten sowie über Schnittstellen zum Dachverband, insbesondere mit Blick auf das geschäftsführende Sekretariat im Heimverband Schweiz.
- Die diesjährige Fachtagung – sie war die fünfte seit Bestehen des Fachverbandes – konnte – trotz brisantem Themenkreis – nur wenige Teilnehmende anlocken. Die Frage nach dem Warum muss gestellt werden.
- Ein Dauerthema ist das Qualitäts-Management. Der Vorstand des Fachverbandes will zu einem Ergebnis kommen und Empfehlungen für die Mitglieder herausgeben, damit diesen bekannt ist, welche Systeme welche Anforderungen erfüllen.
- Die Zusammenarbeit mit Nachbarverbänden generell und speziell mit dem SVE auf sozialpolitischer Ebene ist dem Vorstand ein dauerndes Anliegen.
- Äusserst aktuell ist das Thema Finanzausgleich.
- In der Fachzeitschrift Heim wird laufend über die Vorstandsarbeit orientiert.

Peter Läderach/Präsident des Fachverbandes Erwachsene Behinderte:

Die vom Vorstand zu behandelnden Themenbereiche unterschieden sich nicht stark vom Themenkreis des vergangenen Jahres. Einsatzmöglichkeiten ergäben sich auf folgenden Gebieten:

- Qualitätsmanagement: Unterstützung der Mitglieder im Hinblick auf die Umsetzung der Vorschriften des BSV, Abteilung Invalidenversicherung. Man will konkrete Empfehlungen herausgeben.
- Zusammenarbeit mit der Öffentlichen Hand sowie mit Organisationen und Verbänden im Fachbereich.
- Durchführung der Fachtagung am 6. September 1999 zum Thema «Der Profit im Non-Profit-Bereich – Wirtschaft und Sozialbereich spannen zusammen».

- Ein wichtiger Punkt beschäftige den Vorstand im Besonderen: Es gehe um die Profilierung und Positionierung des Fachverbandes. Er existiere erst seit 1995, und es brauche kontinuierlich besondere Anstrengungen, um ihn in der Öffentlichkeit auf breiter Basis bekanntzumachen.
- Man will sich im Vorstand neu strukturieren und Ressorts schaffen, um effizienter und effektiver arbeiten zu können.

Anstelle des abwesenden Ernst Messerli orientiert Richard Lendi, Vizepräsident des Schweiz. Berufsverbandes der Heimleiter und Heimleiterinnen, über die Schwerpunkte des Vorstandes:

- Anfang Jahr machte sich der Vorstand in einer Klausur Gedanken zur Zukunft des Berufsverbandes und stellte das Ergebnis an der Delegiertenversammlung vom 22. April 1999 vor. Daraus ging hervor, dass der Berufsverband sich einen neuen Namen geben will und dass die ordentlichen Personenmitglieder nicht mehr automatisch dem Berufsverband angehören, sondern sich dafür oder dagegen zu entscheiden haben. Zudem soll der Berufsverband inskünftig zentrale Strukturen haben, ohne Berufsgruppen in den Sektionen. Es werden keine Delegiertenversammlungen mehr stattfinden, sondern Mitgliederversammlungen. Diese Änderungen bedürfen jedoch Statutenänderungen, sowohl beim Berufsverband als auch beim Dachverband.
- Der Berufsverband strebt an, inskünftig vermehrt Einfluss zu nehmen im Bildungswesen, insbesondere bei der Ausbildung für Heimleitungen.
- Am 15. Juni 1999 findet die Fachtagung zum Thema «Personalpolitik zwischen Qualitätsanspruch und Finanzierbarkeit» statt.
- Der Berufsverband arbeitet mit dem europäischen Heimleiterverband E.D.E. zusammen, der vom 8. bis 10. Oktober 1999 in Wien den 6. europäischen Kongress zum Thema «Das Heim als Mittelpunkt im sozialen Netz» durchführt.

Dr. Hansueli Möhle, Zentralsekretär:

Für alle genannten Projekte und Vorhaben brauche es Koordination und Umsetzung auf der Geschäftsstelle, und dies mit den beschränkten finanziellen und personellen Mitteln. Dies stelle grosse Anforderungen an das Zentralsekretariat. Die Umsetzung geschehe in Form von Produkten, Dienstleistungen, Bildungs- und Beratungsangeboten, durch Einflussnahme auf Behörden und Verwaltungen, und zwar auf Bundesebene wie auf den kantonalen Ebenen,

und dies in einem sich stets ändernden Umfeld, welches insbesondere durch Finanzschwierigkeiten der öffentlichen Hand sowie durch zunehmenden Kostendruck, Konkurrenz und Wettbewerb auch in den Heimen geprägt sei.

Nichtsdestoweniger gelte es zu bedenken, dass das Handeln und die Existenzberechtigung des Verbandes sich von seinem ureigenen Auftrag, wie er im Leitbild festgehalten sei, ableite, nämlich alle seine Bestrebungen auf die in den Heimen Tätigen auszurichten, um sie im Wahrnehmen ihrer Aufgaben zu unterstützen mit dem übergeordneten Ziel, die Lebensqualität der Heimbewohnerinnen und -bewohner zu fördern. Dazu gelte es, zur richtigen Zeit wahrzunehmen, wo Änderungen stattfänden, und diese umzusetzen. Der Heimverband Schweiz wolle ein verlässlicher Verband sein mit verlässlichen Produkten und Dienstleistungen.

Zum Schluss dankt Hansueli Mösle seinen Kolleginnen und Kollegen aus anderen Verbänden, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Geschäftsstelle, dem Zentralvorstand und den Vorständen der Fachverbände und des Berufsverbandes, den Sektionen und allen Anwesenden für das ihm und dem Heimverband Schweiz geschenkte Vertrauen.

5.2. Genehmigung des Jahrestätigkeitsplanes 1999

Dieser wird von den Delegierten einstimmig genehmigt. Die Präsidentin dankt ihrerseits allen Kolleginnen und Kollegen für die ausgezeichnete Arbeit, die sie leisten.

Traktandum 6

Anträge und Wünsche aus den Sektionen/dem Regionalverein

Die Präsidentin teilt mit, dass beim Zentralsekretariat keine schriftlichen Anträge eingegangen seien. Mündliche Anregungen würden jedoch gerne entgegengenommen.

Walo Möri, Präsident der Sektion St. Gallen, fragt, ob politische Meinungen und Aussagen der Präsidentin aus Gründen der Transparenz nicht in der Fachzeitschrift Heim dargestellt werden könnten. Es sei oft schwierig, aus der Sicht der Heime, der Mitglieder, der Mitarbeitenden, die Argumentationen nachzuvollziehen. Oder könnte es nicht wünschenswert sein, so Walo Möri, dass, wenn sich die Ziele des Heimverbandes Schweiz und der FDP-Politikerin in die Quere kämen, sich beide in vornehmer Zurückhaltung üben oder dann beide zu Worte kommen könnten, um möglichen Missverständnissen vorzubeugen.

Die Präsidentin bestätigt, dass sie es als sinnvoll und gut erachte, wenn sie

inskünftig bei kontroversen Themen ihre Meinung über das Medium Fachzeitschrift Heim bekanntgebe, und orientiert, dass sie dem Zentralvorstand ihren Standpunkt jeweils in aller Klarheit darlege, bei speziellen Themenkreisen aber auch die Meinung der Fachverbände einhole.

Walo Möri orientiert über das Vorhaben der Sektion St. Gallen/Fürstentum Liechtenstein, Strukturänderungen vorzunehmen. Mit Blick auf die Europäische Union und in Anbetracht der Tatsache, dass eine Sektion das Fürstentum Liechtenstein, also einen anderen Staat nur bedingt unterstützen könne, stelle sich die Sektion SG/FL die Frage, ob nicht der Heimverband Schweiz über die Grenzen hinaus denken und sich Heimverband Schweiz und Fürstentum Liechtenstein nennen könnte. Walo Möri bittet den Zentralvorstand, dieses Thema zu behandeln.

Die Präsidentin dankt für die Anregung und bestätigt, dass dieser Punkt in einer der nächsten Zentralvorstandssitzungen aufgenommen werde.

Traktandum 7 – Verschiedenes

Die Präsidentin selbst hat an die Anwesenden ein Anliegen. Nachdem der Zentralvorstand in seiner Mai-Sitzung beschlossen hat, dass der Heimverband Schweiz sich zum Thema «Neuer Finanzausgleich – Bund und Kantone» vernehmen lassen will und dazu eine

breit abgestützte Meinung seiner Mitglieder benötigt, werden alle Sektionspräsidenten in allernächster Zeit einen Frage-Raster erhalten. Sie bittet um die seriöse Mitarbeit aller, da für die Heime und die Bewohnerinnen und Bewohner viel auf dem Spiel stehe. Deshalb sei es auch notwendig und wichtig, die Ausführungen mit Zahlen zu untermauern. Der Zentralvorstand wird in seiner Ende August 1999 stattfindenden Klausur eine Stellungnahme zur Vernehmlassung erarbeiten und die eingegangenen Aspekte aus den Sektionen darin berücksichtigen.

Nach einigen weiteren Fragen von Anwesenden zu BESA und Kostenrechnung, die vom Zentralsekretär beantwortet werden, schliesst die Präsidentin die Versammlung mit dem Dank an alle Mitglieder für ihre Verbandstreue, an die Delegierten, an ihre Kollegin und ihre Kollegen im Vorstand, an die heute anwesenden Gäste sowie an das Team der Geschäftsstelle unter der kompetenten Leitung von Hansueli Mösle.

Ende der Delegiertenversammlung:
15.30 Uhr

Datum der nächsten Delegiertenversammlung: 16. Juni 2000

Die Zentralpräsidentin:
Christine Egerszegi-Obrist

Die Protokollführerin:
Alice Huth

Zürich, 21. Juni 1999

Referat von Viktor Schiess anlässlich der DV in Zürich

Der Leistungsauftrag als Herausforderung

«Leistungsaufträge, eine Herausforderung für Institutionen im Sozialbereich» lautete das Thema, mit welchem sich – am Morgen vor der eigentlichen Delegiertenversammlung in Zürich – Viktor Schiess, Unternehmensberater in Aarau, auseinandersetzte. Damit wurde die DV in ihrem ersten Teil mit Wissen angereichert, mit «...öppis zum Mitnäh». Schiess arbeitet speziell im Bereich Soziale Institutionen und ist im Heimverband Schweiz kein Unbekannter, hat er doch die derzeitige Umstrukturierung in Zusammenarbeit mit dem ZV ausgearbeitet und eingeleitet.

Der Leistungsauftrag – heute ein Zauberwort – beinhalte eine spezielle Verantwortung und besondere Aufgabe für das Heim, meinte Schiess und fragte vorerst nach den Hintergründen, warum heute von Leistungsaufträgen die Rede sei.

Ausgelöst von der neuen Aufgabenverteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden steht die öffentliche Hand aktuell mitten in einem radikalen Veränderungsprozess. Als Auslöser von Verwaltungsreformen ist das Geschehen geprägt von einem zunehmenden Kostendruck sowie von fehlenden Steuerungs- und Lenkungsinstrumenten einerseits und eingefahrenen Strukturen andererseits. «Diese Reformen laufen unter den Namen New Public Management (NPM) oder Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WOF usw.)», erklärte Schiess die Entwicklung und fragte sich, welches denn die dahinterstehende Philosophie sei.

Konzeptionell wird mit den Reformen eine Trennung von politischen Zielsetzungen und Management-Verantwortung angestrebt. Gleichzeitig möchte man eine Delegation von Verantwortung und Kompetenz erreichen



Viktor Schiess: «Das Zauberwort Leistungsauftrag beinhaltet eine spezielle Verantwortung.»

sowie die Kunden- bzw. Marktorientierung in der Verwaltung einführen mit bedarfsgerechten Angeboten und Leistungen. Angestrebt wird eine ergebnisorientierte Steuerung mit Kostentransparenz und Kostenvergleich. Die Kernideen der Verwaltungsreformen beinhalten

- eine radikale Dezentralisierung und weitestgehende Verantwortungsdelegation, «... nid nur es bitzeli öppis delegiere, nei, grad richtig...», das heisst somit eine dezentrale Ressourcenverantwortung.
- Output- statt Input-Steuerung mit Ergebnisorientierung bezüglich Wirkung, Qualität und Wirtschaftlichkeit. Nicht das Detail im Stellenplan ist massgebend, sondern das Ergebnis insgesamt.
- Markt und Wettbewerb als neue Rahmenbedingungen und Steuerungsprinzipien. Mit Kostenermittlung und Preisvergleich zwischen den Leistungserbringern sollen Wirkung, Qualität und Wirtschaftlichkeit verbessert werden.

Diese Forderungen betreffen auch die gesamte Breite im Aufbau der öffentlichen Hand. Das aufgezeigte Gedankengut soll auch hier dazu führen, dass Wettbewerb und Marktsituation gefördert werden.

Zur Umsetzung dieser Kernideen benötigt die öffentliche Hand ein umfassendes Controlling, das heisst aufeinander abgestimmte Prozesse bezüglich Zielsetzung, Planung, Steuerung/Koordination und Überprüfung. «Controlling ist mehr als nur Finanzkontrolle», erklärte Schiess. «Controlling ist als umfassendes Konzept zu betrachten, eine Aufgabe, mit welcher heute die öffentliche Hand massiv gefordert ist.»

Der Referent befasste sich anschliessend mit den Steuerungssystemen auf den verschiedenen Ebenen. Siehe Grafik 1.

Auf der normativen Ebene bestimmen Bürger und Bürgerinnen/das Parlament welche Leistungen zu erbringen sind und bestimmen dafür einen Globalkredit. Auf der strategischen Ebene wird mit einem Departementsauftrag die einzelne Leistung klar definiert: Nötig sind so viele Plätze. Wer bietet uns das an? Der Auftrag wird zum Wettbewerb ausgeschrieben. Dabei können in den anbietenden Institutionen Probleme mit bereits vorher geleisteten Investitionen entstehen. Siehe Grafik 2.

Der Leistungsauftrag verfolgt die Zielsetzung der Leistungssteuerung, das heisst eine Finanzierung von vertraglich vereinbarten Leistungen und nicht mehr eine Finanzierung durch Beiträge an Budget oder Defizite.

Der Leistungsauftrag regelt grundsätzlich welche Leistung in welcher Menge, in welcher Qualität und zu welchen Kosten zu erbringen ist.

Der Auftrag basiert auf Verhandlungen zwischen Leistungsbesteller und Leistungserbringer. So wird beispielsweise festgehalten, welches Wohnangebot mit welchem Standard zu welchen Kosten pro Platz und Tag bereit zu stellen ist. Wie der Leistungserbringer mit den gemachten Vereinbarungen umgehen will, ist seine Angelegenheit. Die Verhandlungen basieren auf den gegenseitigen Vorgaben: Was benötige ich? einerseits und: Kann ich das erbringen? andererseits.

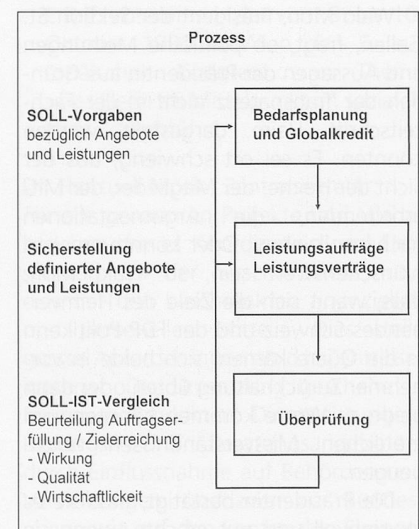
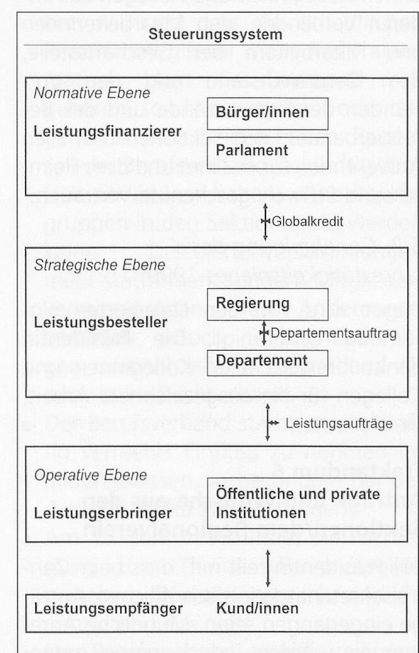
Die öffentliche Hand übernimmt dabei die Rolle des Leistungsbestellers und sieht sich damit vor neue Aufgaben gestellt.

- Sie muss Probleme, Tendenzen und Entwicklungen erkennen und den Bedarf abschätzen.
- Sie muss die erforderlichen Angebote und Leistungen zur Lösung der erkannten Probleme ermitteln. Bisher haben sich vor allem die privaten Institutionen kreativ verhalten und sich mit diesen Fragen beschäftigt.
- Die öffentliche Hand formuliert Leistungsziel für die einzelnen Angebote und Leistungen und
- sichert gewollte Angebote und Leistungen durch Leistungsaufträge.
- Sie überprüft die Leistungserbringung hinsichtlich Wirksamkeit, Qualität und Wirtschaftlichkeit, Aufgaben, mit denen sie sich bisher nicht ernsthaft auseinandergesetzt hat.
- Sie stellt den Rücklauf von Plandaten sicher, damit frühzeitig Entwicklungen

gen, Veränderungen und Tendenzen erkannt werden, das bedeutet: Informationen sammeln.

Die Institutionen finden sich als Leistungserbringer ebenfalls in einer neuen Rolle wieder. Da sie jedoch bereits bisher im Leistungsdenken verhaftet waren, zeitigt dies für sie weniger gravierende Auswirkungen.

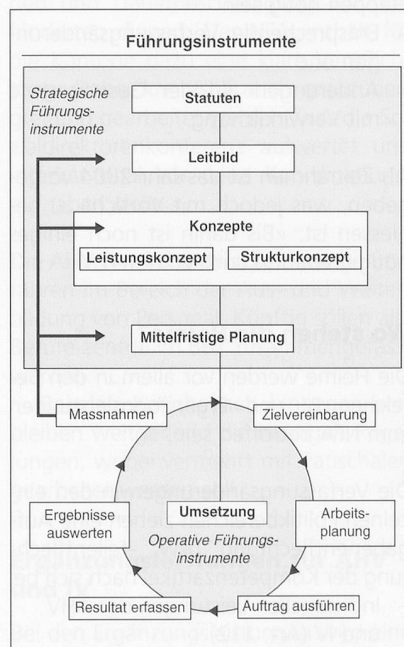
Institutionen und Organisationen als Leistungserbringer erbringen Leistungen gemäss dem Leistungsauftrag und tragen die Verantwortung für die Zielerreichung. Sie sorgen für einen wirtschaftlichen Mitteleinsatz sowie für Qualität und Wirkung ihres Handelns, überprüfen ihre Leistungen bzw. lassen sie überprüfen und informieren den Leistungsbesteller über Veränderungen, Entwicklungen und Tendenzen. Damit arbeiten sie mit bei der Bedarfsplanung.



Sie sind somit angehalten, ihre *Leistungen präziser zu definieren und die Zielgruppe und das geografische Einzugsgebiet pro Leistung zu bezeichnen. Ihnen obliegt es ebenfalls, das Wirkungsziel pro Leistung zu umschreiben sowie die Qualität der Leistungen (Standards und Indikatoren) zu definieren.* Sie sorgen für *Kostentransparenz*, kennen die Kosten pro Leistung und überprüfen die *Zielerreichung (Soll-Ist-Vergleich)*.

Institutionen und Organisationen im Sozialbereich werden damit zu Unternehmen, verfügen über die erforderlichen Führungsinstrumente und wenden diese an.

Als Massnahmen bieten sich die folgenden Führungsinstrumente an:



Strategische Führungsinstrumente

- Das Leitbild** beinhaltet Aussagen zu:
 - ⇒ Wer sind wir? / Was wollen wir bewirken?
 - ⇒ Leistungen und Zielgruppen;
 - ⇒ Grundwerte;
 - ⇒ Führung, Organisation, Finanzen;
 - ⇒ Kommunikation/Zusammenarbeit.
- Das Leistungskonzept** beschreibt die im Leitbild dargelegten Leistungsbereiche bezüglich:
 - ⇒ Zielgruppe;
 - ⇒ Wirkungsziel;
 - ⇒ Qualitätsstandards und Indikatoren;
 - ⇒ Anforderungen an Institution und Mitarbeiter/innen.
- Das Strukturkonzept** definiert:
 - ⇒ Führungsgrundsätze;
 - ⇒ Aufbauorganisation/Organisationseinheiten;
 - ⇒ Ablauforganisation (Aufgaben, Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten, Kompetenzen);
 - ⇒ interne Kommunikationsstruktur;
 - ⇒ Zielsetzungs-, Planungs-, Kontrollprozesse.
- Die mittelfristige Tätigkeits- und Finanzplanung** (rollende Planung über drei Jahre).



Gespanntes Warten auf das Referat Schiess.

Alle Fotos DV Erika Ritter

Auf operativer Ebene sollte die Zielvereinbarung nicht nur mit den Mitarbeitenden, sondern auch mit den Mitgliedern der Stiftung usw. besprochen werden.

Das Erfassen der Resultate und deren Auswertung ermöglicht den Heimleitungen die Planung und Weiterentwicklung ihrer Institution, gibt Auskunft über den vorhandenen oder nötigen Stand bezüglich der Weiterbildung und bezieht auch eine Kundenbefragung mit ein. Durch die gesamte Umsetzung wird die Institution als Unternehmen zu einem interessanten Partner für die öffentliche Hand. Siehe Grafik 5

Bedeutet dies alles nun einfach ein verdecktes Sparen?

Die Arbeit und der Umgang mit Leistungsaufträgen bilden auch in der Politik ein Novum.

«Heute wird zu schnell von Leistungsaufträgen gesprochen ohne über die nötigen Grundlagen für den gesamten Prozess zu verfügen. Denn, die Arbeit mit Leistungsaufträgen bildet einen Prozess und dafür wird Zeit

Operative Führungsinstrumente

- Zielvereinbarung**
 - übergeordneter und nachgeordneter Instanz, z.B.
 - ⇒ Trägerschaftsorgan und Institutionsleitung
 - ⇒ Institutionsleitung und Bereichsleitungen
 - ⇒ Bereichsleitungen und Mitarbeiter/innen
- Arbeitsplanung und Auftrag** ausführen durch Auftragnehmer/innen
- Resultate erfassen**
 - ⇒ Leistungsstatistik
 - ⇒ Mitarbeiter/innen-Qualifikation (Überprüfung Zielvereinbarung)
 - ⇒ Kundenbefragung
 - ⇒ Kostenrechnung
- Ergebnisse auswerten**
 - Analyse der Resultate (Soll-Ist-Vergleich)
- Massnahmen treffen**
 - Analyseergebnisse erfordern Massnahmen bezüglich
 - ⇒ Zielvereinbarungen
 - ⇒ Mittelfristige Planung
 - ⇒ Konzepte (Leistungs-/ Strukturkonzept)
 - ⇒ Leitbild

benötigt. Erst müssen beide Seiten Erfahrungen sammeln», meinte Schiess.

Wie im Anschluss an das Referat von François Huber über den neuen Finanzausgleich (siehe Seite 436) ergaben sich auch bei Viktor Schiess

Fragen über Fragen:

Wo orientiert sich der Leistungsbesteller, wenn er ein Globalbudget festlegt? Wird der Leistungserbringer in die Zielsetzung einbezogen? Wer formuliert die Ziele?

Schiess betonte, dass sich Politiker und Politikerinnen ihrer Verantwortung in und der Konsequenzen aus der neuen Rolle noch gar nicht bewusst seien. «Es ist ein Verantwortungstransfer nötig von beiden Seiten her.» Auch waren bisher die Leistungserzeuger nicht angesprochen. Der Einbezug des Kunden dürfte eine neue Ausrichtung bringen.

Insgesamt ist ein langfristiger Umstellungsprozess nötig. Nicht nur der Wille sei nötig, auch die Fachkompetenz, sonst verkomme der Leistungsauftrag zum «Etikettenschwindel» und die Übung müsse abgebrochen werden, war zu hören.

Und: Was ist eigentlich noch Aufgabe der öffentlichen Hand, wenn der Verursacher finanziert?

Wer ist zuständig für die messbaren Grössen im Betreuungsbereich? Doch wohl eher die Institution? Daher ist es wichtig, den Leistungserbringer bei der Ausarbeitung von Leistungsaufträgen mit einzubeziehen. In diesem Zusammenhang betonte Schiess die Wichtigkeit und den Vorteil von Organisationen. ■

Informationen zum NFA anlässlich der Sektionspräsidentenkonferenz von Ende Mai in Zürich

DER NEUE FINANZAUSGLEICH: WAS BEWIRKT ER FÜR DIE HEIME?

Von Erika Ritter

pd/fd. «Bund und Kantone wollen ihre Aufgaben- und Finanzzuständigkeiten klären und ihre Zusammenarbeit auf eine neue Grundlage stellen. Ihre Vertreter haben sich in vierjähriger intensiver Arbeit auf einen Neuen Finanzausgleich (NFA) geeinigt, der klarer und gerechter ist als die überholte 40-jährige Praxis. Das neue Modell schafft zudem Anreize für eine effizientere Aufgabenerfüllung. Dabei bleibt der NFA zwischen Bund und allen Kantonen zusammen kostenneutral. Der Umbau des Systems verringert die Unterschiede zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kantonen. Das heutige, historisch gewachsenen System hat zu Verzerrungen geführt, von denen einzelne Kantone profitieren. Das neue, entwirrte System wird in diesen Kantonen Fragen aufwerfen. Für einen Teil der Kantone überwiegen jedoch die Entlastungen. Genaue Zahlen liegen noch nicht vor, wohl aber Trends. Der Schlussbericht der von Bund und Kantonen gemeinsam getragenen Projektorganisation wurde dem Bundesrat vorgelegt und geht nun in die Vernehmlassung.»

Doch was bringt der neue Finanzausgleich den Heimen, respektive welche Auswirkungen dürften die neuen Vorgaben auf die Institutionen haben?

Beim Heimverband Schweiz setzten sich die Sektionspräsidenten (bzw. deren Stellvertreter) anlässlich ihrer Konferenz Ende Mai in Zürich mit dem NFA auseinander. Das einleitende Referat hielt François Huber, Sektionschef AHV, beim Bundesamt für Sozialversicherungen.

Der Referent zeigte sich erfreut, dass der Heimverband Schweiz für die Mai-Konferenz der Sektionspräsidenten den NFA als ausschliessliches Thema für die Arbeit am Morgen gewählt hatte und betonte, wie wichtig es sei, sich rechtzeitig damit auseinanderzusetzen, um im politischen Prozess mitreden zu können und anschliessend Stellung zu beziehen.

Der Finanzausgleich stellt in der bundesrätlichen Arbeit einen Dauerbrennen dar. Dabei gilt es, die drei Ebenen zu beachten: Bund, Kantone und Gemeinden. Jede dieser Stufen kennt ihre eigenen Vorschriften und hat andere Wünsche, geht von teils anderen Bildern aus. Vor allem die Gemeinden, die dem praktischen Alltag näher stehen als der Bund, verfügen über eine andere Sicht und kamen bisher als Geldgeber in der Mitsprache zu kurz.

In dieser Vielfalt der Ansichten und Begehren effizienter zu arbeiten, stellt heute eine staatspolitische Notwendigkeit dar. Die goldene Zeit der 60er Jahre mit der Kneschaurek-Ära und (fast) un-

beschränkten Finanzmitteln ist längst vorbei. Damals war eine konjunkturpolitische Dämpfung notwendig, um teils unüberlegtes Handeln aufzufangen.

Die 70er Jahre brachten eine erste Aufgabenteilung, wovon die Alters- und Pflegeheime betroffen waren. Es wurden keine Bausubventionen mehr aus der AHV ausbezahlt. Die Realisierung von Bauvorhaben sollte auf lokaler Ebene angesiedelt werden, was dazu führte, dass vor dem Finanzstopp noch mit grosser Hektik gebaut wurde.

Vor rund fünf Jahren wurde nun eine weitere Runde in Angriff genommen mit einer ersten Vernehmlassung zur

Aufgabenteilung zwischen den drei Ebenen. Dabei wurde vom Grundsatz ausgegangen: Wer zahlt befiehlt (Kantone und Gemeinden). Die Vernehmlassung brachte Echo, die Erfahrungen wurden aufgenommen und in der Folge ein zweites Projekt in die Vernehmlassung geschickt.

Für den NFA werden zwei Vorgehens-etappen nötig sein:

- Entsprechende Verfassungsänderungen und
- Änderungen auf der Gesetzesstufe mit Verwirklichung.

Als Zeitrahmen ist das Jahr 2004 vorgegeben, was jedoch mit Vorsicht zu geniessen ist. «Bis dahin ist noch einiges nötig», war in Zürich zu hören.

Wo stehen die Heime?

Die Heime werden vor allem in den Bereichen IV und Ergänzungsleistungen vom NFA betroffen sein.

Die Verfassungsänderungen in den einzelnen Politikbereichen ziehen eine Aufgabenentflechtung bzw. -teilentflechtung der Kompetenzartikel nach sich bei

- Individuellen Leistungen der AHV und IV (Art. 112)
- Kollektiven Leistungen der AHV und IV:

Für den Heimverband bedeutet das:

Lauter offene Fragen

Wie realistisch ist der Termin 2004? wollten die Anwesenden zum Beispiel wissen. Die Einführung hängt stark von den Vernehmlassungsergebnissen und den strittigen Punkten ab. Die Papiere liegen auch beim Heimverband Schweiz vor. Der Entwurf trägt bereits der Kritik aus dem ersten Entwurf Rechnung und nimmt vom ursprünglichen Konzept der vollständigen Kantonalisierung Abstand.

Stehen wir vor einem Heim-Tourismus? Werden sich je nach Kantonen beachtliche Unterschiede in den Standards ergeben? Macht es Sinn, weiterhin 26 verschiedene Systeme zu zelebrieren? Wo führen die Tendenzen eigentlich hin: Bund – Kanton – Gemeinde oder in Richtung Globalisierung – Europa? Was heisst die neue Regelung für den verwaltungsinternen Arbeitsaufwand? Wird mit dem NFA nicht die angestrebte Gleichberechtigung der Behinderten in den Kantonen beschnitten?

Insgesamt seien die Kantone derzeit handlungsunfähig, die kantonalen Verwaltungen gelähmt: «man» möchte von Bern eigentlich gerne endlich wissen, woran «man» sei! Wie sieht es zum Beispiel aus bei einem Sanierungsnotstand in einem Behindertenheim? Wer hilft den Kantonen im derzeitigen Dilemma? Im Spezialfall ist im direkten Gespräch mit dem Heimverband Schweiz und der IV objektbezogen nach einer Lösung zu suchen.

- Subventionierung der privaten Alters- und Invalidenhilfe (neu Art. 112 ter)
- Förderung der Eingliederung (neu Art. 112 bis)
- Ergänzungsleistungen (neu Art. 112 quater)

Auf Bundesebene geht die IV neu von der individuellen Leistung aus, das heisst Finanzhilfe für Eingliederung, Hilfsmittel, Assistenzentschädigung an die einzelnen IV-Bezüger mit einem gesamtschweizerisch gleichen Niveau. Die kollektiven Leistungen hingegen werden kantonalisiert. So wird im vorgeschlagenen Verfassungsartikel festgehalten: Die Kantone fördern die Eingliederung behinderter Personen insbesondere durch den Bau und den Betrieb von Institutionen, die der Eingliederung, Wohnen und Dauerbeschäftigung von Behinderten dienen. Der NFA enthält für die Kantone dazu eine klare Verpflichtung. Dabei kann/soll auch grenzübergreifend gearbeitet werden, was die Sozialdirektorenkonferenz aufwertet und interkantonal vor neue Koordinationsaufgaben stellt.

Die AHV/IV wird zudem Änderungen erfahren im Bereich der Aus- und Weiterbildung von Personal. Künftig sollen alle Berufe zentral im BBT zusammengefasst werden.

Bei den Justizheimen hingegen verbleiben weitgehend die heutigen Regelungen, wobei vermehrt mit Pauschalen gearbeitet werden soll.

Ergänzungsleistungen zur AHV und IV

Bei den Ergänzungsleistungen wird eine einschneidende Umstellung vorgeschlagen.

Die Ergänzungsleistungen werden – das ist besonders wichtig – weiterhin als Verbundaufgabe zwischen Bund und Kantonen durchgeführt werden. Geändert wird jedoch die Finanzierungsweise. Bis anhin bezahlte der Bund an die gesamten Aufwendungen um die 22 Prozent.

Neu soll der Bund für die Finanzierung des Existenzbedarfs voll aufkommen. Dagegen werden die Kantone die EL-Kosten, die infolge Pflege und Betreuung entstehen, voll zu tragen haben. Sie können für diesen Bereich ihre Regeln aufstellen und zum Beispiel mittels Objekthilfe oder mit einem gemischten System (Subjekt- und Objekthilfe) Beiträge ausrichten.

Im Klartext bedeutet dies, dass die monatlichen Ergänzungsleistungen für Rentnerinnen und Rentner, die zu Hause leben, voll vom Bund bezahlt werden.

Klar, gerecht und effizient ???

Der neue Finanzausgleich: Klar, gerecht und effizient...

Diesen Titel fanden Sie, liebe Leserinnen und Leser zum Bericht aus dem Finanzdepartement des Bundes in der FZH 6/404 ohne Kommentar in der offiziellen Version fürs Erste einfach so hingestellt. Die Redaktion hat diesen Titel bewusst weder geändert noch mit einem Fragezeichen versehen, die Meldung somit provokativ unverändert aus dem Departement übernommen, weil Reaktionen erwartet werden, Leserbriefe, Stellungnahmen, weil Nachdenken und Mitmachen gefordert sind bei der derzeitigen Vernehmlassungsphase.

Die Sektionspräsidentenkonferenz liess sich aus erster Hand über den neuen Finanzausgleich informieren.

Im Casino Bremgarten fand zudem auf Einladung der Sektion Aargauer Kinder-, Jugend- und Behinderteneinrichtungen eine Grossveranstaltung mit über 150 Teilnehmenden statt: «Der Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen, Schwerpunkte: Sozialversicherung und Sozialpolitik sowie Bildung.» Unter den Teilnehmenden am Podium befand sich auch Nationalrätin Christine Egerszegi-Obrist, Zentralpräsidentin beim Heimverband Schweiz.

Der NFA stellt als Unsicherheitsfaktor im Sozialbereich nicht nur ein Unbehagen dar, sondern verursacht Ängste: geht es nun wirklich darum, echte und wirklich zwingend notwendige Eingriffe und Reformen auf gesetzlicher Ebene durch zu ziehen, oder muss das Ganze unter der Rubrik «Sparübung» angesiedelt werden?

Christine Egerszegi nahm die drei Worte aus dem Titel nochmals auf: Klar, gerecht, effizient. Sie appellierte an alle, diese Aussagen ernst zu nehmen, sich zu überlegen, welche Vorgaben vom Bund verlangt werden müssen, damit die Leistung im Sozialbereich respektive Heimwesen gewährleistet sind. Sich diese drei Worte genau ansehen und sich überlegen, wo, wie und ob nicht noch andere Möglichkeiten offen seien, postulierte sie.

Überlegen, mitmachen, mitdenken, sich äussern: Es werden noch viele Diskussionen zum Thema nötig sein. Doch nur wer sich eine Meinung bildet, sich einbringt und äussert, Stellung bezieht, sich einmischt, kann zu einer optimalen Ausgestaltung der Vorlage beitragen.

Der Heimverband Schweiz erwartet möglichst viele Reaktionen aus den Sektionen und wird sich im Zentralvorstand anlässlich einer Klausurtagung im August mit der Materie befassen und offiziell Stellung beziehen.

Der Zentralvorstand wünscht sich die Meinung der Basis zu den Auswirkungen des NFA auf die Institutionen im Sozialbereich zu vernehmen. Kostenlose Vernehmlassungsunterlagen sind auf der Geschäftsstelle des Heimverbandes Schweiz in Zürich zu beziehen. Die Eingabefrist der Antworten läuft bis zum 10. August.

Erika Ritter

Bei Heimbewohnern würde der Bund höchstens zahlen, wenn der eigentliche Existenzbedarf nicht gedeckt ist. Bei den übrigen Heimbewohnern, die ungenügende Mittel zur Bezahlung der Pflege- und Betreuungskosten haben, werden die Kantone die dafür anfallenden EL-Kosten voll übernehmen.

Altershilfe

Die Altershilfe des Bundes wird sich künftig auf die nationalen Institutionen und nationalen Aufgaben mit kollektiven Leistungen (z.B. Altersturnen der Pro Senectute) ausrichten. So wird auch die Spitex aus der Kompetenz des Bundes wegfallen. Für den Erhalt von Mitteln aus der AHV sind somit Leistungsverträge mit nationalem Bezugsfeld nötig.

All diese Aspekte (auch die Prämienverbilligung mit einem angestrebten Mindeststandard der Kantone und ungefährtem Gleichstand) werden noch viel Diskussionsstoff liefern und eine intensive Auseinandersetzung nötig machen.

Der Heimverband Schweiz will die

Meinungen der Sektionen zum NFA einholen und wird ihnen einen von der Geschäftsstelle ausgearbeiteten Fragebogen dazu unterbreiten. In der Klausurtagung von Ende August wird sich dann der Zentralvorstand mit den eingegangenen Stellungnahmen auseinandersetzen. ■

Die Sektionspräsidentenkonferenz dient dazu, die Kohärenz zwischen den Sektionen und der Geschäftsstelle herzustellen, wie Zentralsekretär Dr. Hansueli Mösele in Zürich festhielt. Der Anlass unterstützt den Erfahrungs- und Gedankenaustausch und ist für die gegenseitige Information und Kommunikation bedeutsam. Der Anlass bildet eine Möglichkeit, einerseits Neuigkeiten aus der Sozialpolitik und andere Mitteilungen direkt an die Sektionen weiterzugeben und andererseits erste Reaktionen aufzunehmen.

An der Auseinandersetzung um den NFA nahm auch Zentralpräsidentin Christine Egerszegi-Obrist teil.

BERICHT AUS DER VORSTANDSSITZUNG FACHVERBAND KINDER UND JUGENDLICHE FV KJ

An seiner Sitzung vom 9. Juni 1999 beschäftigte sich der Vorstand des Fachverbandes Kinder und Jugendliche schwerwiegend mit den folgenden Themen:

- **Fachtagungen 1999/2000:** Die Fachtagung von Mittwoch, 19. Mai 1999, mit dem Thema «Die multikulturelle Gesellschaft – kein Garten Eden» konnte zwar nur 60 Teilnehmende ins Casino Zürichhorn locken, diese wurden mit den kompetenten und nachvollziehbaren Ausführungen von Frau V. Tobler und Herr H. Kneubühler reichlich entschädigt (siehe Bericht FZH, Seite 472). Der Vorstand wird an seiner Klausursitzung im September 1999 die gegenwärtige Form und den Inhalt der Fachtagung überprüfen und Strategien für die weiteren Fachtagungen entwickeln.
- **Qualität in den Heimen:** Der Ausweis eines Qualitätsmanagement wird für die Heime immer wichtiger. Insbesondere werden zukünftig die Subventionen unter anderem auch davon abhängig gemacht, ob ein Heim über eine adäquate Regelung verfügt. Einzelne kantonale Fachgruppen des Heimverbandes Schweiz haben bereits diesbezüglich mit ihren Kantonen entsprechende Regelungen getroffen. Andere Institutionen und Kantone warten noch zu. Der Fachverband KJ prüft gegenwärtig, wie die Heimverantwortlichen unterstützt werden können.
- **Fachhochschule:** Der Vorstand KJ wurde darüber informiert, dass die Diplomanerkennungsverfahren für die Fachhochschulen Soziales verabschiedet werden sollen. Für den Fachverband KJ stellt sich nun die Frage der Finanzierung und des Weiterbestehens der Angebote auf «Sekundarstufe II» und auf Stufe «Höherer Fachschule». Da für die Heime die beiden Ausbildungsangebote unerlässlich sind, will sich der Fachverband zusammen mit andern Verbänden mit allen politischen Mitteln dafür einsetzen.
- **Claudio Godenzi** wird als neues Mitglied des Vorstandes dem Zentralvorstand des Heimverbandes Schweiz zur Wahl vorgeschlagen. Der Vorstand freut sich auf die zukünftige Zusammenarbeit.

- **Leistungsvereinbarungen – Globalbudget:** Der Vorstand liess sich über die Chancen, Konsequenzen und Praktikabilität von Leistungsvereinbarung und Globalbudget informieren. Dieses Thema wird den Vorstand KJ in der nächsten Zeit weiterhin beschäftigen, da die Umsetzung bei den Mitgliedern erst in der Anfangsphase steckt.
- Der Vorstand hat beschlossen, eine Stellungnahme zum *Neuen Finanz-*

ausgleich zu Handen des Zentralvorstandes auszuarbeiten und einzureichen.

Wenn Sie weitergehende Fragen zu einzelnen Themen haben, können Sie sich direkt mit dem Präsidenten des Fachverbandes Kinder und Jugendliche in Verbindung setzen. Adresse und Telefonnummer finden Sie in jeder Fachzeitschrift-Ausgabe auf der letzten Seite «Der Heimverband in Kürze». ■

HEIMVERBAND AKTUELL SITZUNGSNOTIZ

Bericht aus der Vorstandssitzung Fachverband Betagte FV AH

An seiner Sitzung vom 31. Mai 1999 hat sich der Vorstand des Fachverbandes Betagte schwerpunktmässig mit den folgenden Themen beschäftigt:

- **QAP:** Die Weiterentwicklung von QAP soll vorangetrieben werden. Es geht darum, QAP an die neuen EFQM-Vorgaben anzupassen. Dabei sollen auch die Erfahrungen von den Anwenderinnen und Anwendern und allfällige Anforderungen aus dem KVG in die Weiterentwicklung einfließen. Zu diesem Zweck hat sich eine Arbeitsgruppe gebildet, die gemeinsam mit der Frey-Akademie die Weiterentwicklung begleitet und Updates koordiniert.
- **BESA:** Der Vorstand hat Kenntnis von den Resultaten der Validierung BESA genommen und unterstützt das weitere Vorgehen. Er legt grossen Wert darauf, dass die Sektionen regelmässig über BESA informiert werden. (Siehe Bericht dieser Ausgabe, Seite 439.)
- **Ethik-Richtlinien:** Der Vorstand unterstützt das Vorgehen der gemeinsamen Arbeitsgruppe IG Altern und Heimverband Schweiz, damit die von der Arbeitsgruppe Ethik-Richtlinien erarbeiteten Grundlagen für verantwortliches Handeln in Alters- und Pflegeheimen mit gezielten Aktionen bekannt gemacht werden.
- **Pro Societa:** Auf den Aufruf in der «Fachzeitschrift Heim» haben sich bereits 6 Heimverantwortliche gemeldet, die bereit sind, an ihrem Ort die Zusammenarbeit mit Spitex-Diensten anzustreben und ihre Erfahrungen in die Arbeitsgruppe Pro Societa einzubringen. Die Erfahrungen dieser «Modell-Heime» sollen dazu beitragen, Möglichkeiten und Wege aufzuzeigen, wie Heime sich neuen Anforderungen stellen und zu Sozialzentren wandeln können.
- **Umfrage Alzheimer-Vereinigung Zürich:** Der Vorstand hat beschlossen, an der Neuauflage der Umfrage über die Zufriedenheit der BewohnerInnen in den Heimen und über die Zufriedenheit der Angehörigen von Heimbewohnern mitzuarbeiten. Diesmal soll die Umfrage auf HeimbewohnerInnen mit Alzheimer eingeschränkt werden. Die konkreten Ziele müssen noch formuliert und das Vorgehen noch geklärt werden.
- **Neuer Finanzausgleich:** Der Vorstand hat beschlossen, eine Stellungnahme zur Vernehmlassung des Neuen Finanzausgleichs zu Handen des Zentralvorstandes zu verfassen.

Wenn Sie weitergehende Fragen zu einzelnen Themen haben, können Sie sich mit dem Präsidenten des Fachverbandes Betagte in Verbindung setzen. Adresse und Telefonnummer finden Sie in jeder Fachzeitschrift-Ausgabe auf der letzten Seite «Der Heimverband in Kürze».

BESA-NEWS

(Bewohnerinnen Einstufungs- und Abrechnungsinstrumente)

BESA ist gegenwärtig in 14 Kantonen eingeführt und wird erfolgreich angewendet. Die zweijährigen Erfahrungen mit BESA 97 in mehr als 750 Heimen mit zirka 42 000 Bewohnern stimmen uns positiv. Mit Freude haben wir Kenntnis erhalten, dass die Sektion Aargau per 1. Januar 2000 BESA 97 ebenfalls einführen wird. Der Heimverband Schweiz ist stolz darauf, dass sich BESA als Einstufungs- und Abrechnungsinstrument durchgesetzt und bewährt hat, sind doch die Rückmeldungen seitens der Anwender mehrheitlich positiv. Dank BESA verfügen die betreffenden Kantone bereits heute über einheitlich erhobene Daten und haben somit objektive Grundlagen für die Tarifverhandlungen.

Es ist das erklärte Ziel des Heimverbandes Schweiz, BESA periodisch den gesetzlichen und sozialpolitischen Anforderungen anzupassen und weiterzuentwickeln. BESA wird also nie ein statisches Instrument sein. Die Optimierung von BESA steht im Vordergrund, und der Heimverband Schweiz stellt sich in diesem Zusammenhang folgende Fragen:

- Misst BESA das, was es zu messen verspricht?
- Stimmen die gemessenen Pflegezeiten mit der Einstufung (BESA-Grad) überein?
- Erfüllt BESA die Marktanforderungen seitens des Gesetzes, der Versicherer, der Kantone, der Heime, der Bewohnerinnen und Bewohner?

Bereits 1997 hat der Heimverband Schweiz beschlossen, BESA einer umfassenden wissenschaftlichen Überprüfung zu unterziehen.

Validierung von BESA

e & e, Evaluation und Entwicklung im Sozialbereich, hat 1997 den Auftrag erhalten die Validierung von BESA durchzuführen. e & e ist eine neutrale Beratungsfirma, die für Institutionen und Behörden im Sozialwesen tätig ist. Die Prüfung der Gültigkeit von BESA benötigte eine Referenzdatenbasis im Sinne eines unabhängigen «Aussenkriterium». Mangels validierten Referenzsystemen musste eigens für die Validierung von BESA eine spezielle Zeiterfassung erarbeitet werden. Die in den Testheimen erhobenen Zeiten für die Tätigkeiten/Leistungen wurden mit den BESA-Leistungspaketen verglichen. Das Ziel der Zeiterhebung war, die bewoh-

nerbezogenen Zeiten möglichst vollständig zu erfassen. Damit verfügt der Heimverband über gute Grundlagendaten, auf denen es nun aufzubauen gilt. BESA wurde damit als erstes schweizerisches Bewohnerkategorisierungs-Instrument einer umfassenden wissenschaftlichen Überprüfung unterzogen und verfügt damit über umfassendes Datenmaterial.

Resultate der Validierung BESA

1. Kann mit BESA die Bewohnerstruktur adäquat abgebildet werden? BESA bildet die Bewohnerstruktur als Ganzes adäquat ab. Jedes der Heime zeigt zwar sein eigenes der Bewohnerstruktur entsprechendes Muster; die Grundgestaltung der Muster Zeiten/Punkte aller Heime gleichen sich.
2. Wie hoch ist die Treffergenauigkeit im Punktbereich (BESA-Grad)? Diese Frage ist für die versicherungstechnischen Belange zentral. Es geht darum, in welchem Mass die Summe der vergebenen Punkte an einem Bewohner mit der gemessenen Zeit im vorgegebenen Punktbereich (BESA-Grad 1 bis 4) übereinstimmt. Mit einer Treffergenauigkeit von 83 % bei einer Abweichungstoleranz von +/- 10% hat BESA damit eine hohe Übereinstimmung erreicht.
3. Wie hoch ist die Übereinstimmung bei der Einstufung mittels Grobraster? Auch bei diesem Vergleich wurde eine Trefferquote von 84% erreicht.

Im Validierungsbericht hat e & e zusammenfassend gesagt, dass BESA ange-

sichts der erstmaligen Validierung auf der ersten Prüfstufe beachtliche Werte erreicht und damit auf der versicherungstechnischen Ebene BESA als «genügend valide» beurteilt werden kann. Bei der umfassenden Überprüfung zeigten sich auch einzelne Probleme, die in der Überarbeitung von BESA speditiv aufgenommen, diskutiert, geprüft und eliminiert werden.

Der Zentralvorstand des Heimverbandes Schweiz unterstützt die Weiterentwicklung von BESA

Der Zentralvorstand ist erfreut über die nun vorliegenden Resultate der Validierung. Er ist vom grossen Nutzen des BESA für die Heime überzeugt und unterstützt weiterhin alle nötigen Massnahmen. Es ist ihm ein Anliegen, dass das System weiterhin einfach, praktikabel und mit vertretbarem Aufwand einsetzbar und trotzdem aussagekräftig bleibt. Der administrative Aufwand für die Anwenderinnen und Anwender soll minimal bleiben und die dadurch gewonnene Zeit zugunsten dem professionellen und qualitativen Betreuen und Pflegen der Bewohnerinnen und Bewohnern eingesetzt werden. Die Transparenz der Einstufung und der einfache Nachvollzug der Resultate erleichtert zudem die Kommunikation mit den Bewohnern, Angehörigen, den Ärzten, Versicherern und weiteren Beteiligten. Für die Weiterentwicklung hat der Zentralvorstand Schweiz die dazu notwendigen finanziellen Mittel bereits gesprochen.

Informationsseminare in den Sektionen/Kantonen

In den Monaten Juli und August werden Informationsveranstaltungen in den einzelnen Sektionen angeboten. Die Anwenderinnen und Anwender sowie Vertreter der Krankenversicherer werden von den Sektionspräsidenten direkt angeschrieben und orientiert. Die folgenden Daten konnten bereits festgelegt werden:

- Sektionen Appenzell, Schaffhausen, St. Gallen und Thurgau, Mittwoch, 28. Juli 1999
- Sektion Basel, Mittwoch, 25. August 1999
- Sektion Bern
- Sektionen Graubünden und Glarus, Montag, 16. August 1999
- Kantone Luzern, Obwalden und Nidwalden, Mittwoch, 18. August 1999
- Sektionen Schwyz, Uri und Zug; Mittwoch, 14. Juli 1999
- Sektion Zürich, Mittwoch, 8. September 1999

Weiteres Vorgehen

Die Bedarfsabklärung ist gegenwärtig in Arbeit und wird vorerst als einfache Vorabversion getestet. Die definitive Lösung wird im Kontext BESA-Überarbeitung und -Weiterentwicklung integriert werden. Die aus der Validierung gewonnenen Erkenntnisse werden in die Überarbeitung BESA einfließen. Die ganze BESA-Überarbeitung wird von einem wissenschaftlichen Berater begleitet. Jede Umstellung bedeutet Zeit und Aufwand. Deshalb werden die BESA-Anpassungen aufgeteilt in den folgenden zwei Schritten durchgeführt:

1. Anpassung BESA bis Herbst 1999

- Erarbeitung einer einfachen Bedarfsabklärung
- Sprachliche Anpassungen im Leistungskatalog
- Definieren der Leistungsgruppen 3 und 4
- BESA-Statistikprogramme

2. Überarbeitung von BESA per 2001 für die Tarifverhandlungen 2002

- Weiterentwicklung des Bedarfsabklärungsinstrumentes (Verfeinerung)
- Anpassungen im Leistungskatalog
- Verfeinerung der BESA-Grade
- Punktuelle Anpassung im Grobraster (10-Minuten-Regelung)
- Schnittstellen zur Kostenrechnung, zu Qualitätsindikatoren, zum Personalbedarfsinstrument, zur Pflegeplanung
- Weitere Statistiken

BESA-Schulung

Für eine einheitliche Anwendung von BESA ist die periodische Schulung bestehender und auch neuer Mitarbeitender wichtig. Unser differenziertes Schulungsangebot ist dazu bestens gerüstet und geeignet. Es gibt unter anderem Refresher-Seminare, die wir auch als heiminterne Schulung anbieten. Den Update

99 werden wir mit regionalen Seminaren unterstützen.

Orientierung der Heimverantwortlichen

Damit BESA weiterhin erfolgreich eingesetzt werden kann, wird empfohlen, die Methode der BESA-Einstufung allen Anwenderinnen und Anwendern, den Angehörigen und Bewohnern zu erklären und damit transparent zu machen. Die Praktikabilität und Einfachheit von BESA erlaubt eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen den Bewohnerinnen, Angehörigen und Heimverantwortlichen. Im Gegensatz zu anderen Instrumenten hat BESA den Vorteil, dass es für Ausstehende nachvollziehbar und verständlich ist.

Wir danken allen Anwendern für ihre konstruktiven Beiträge. Wir bitten Sie, uns weiterhin allfällige Probleme mit BESA mitzuteilen, damit wir diese diskutieren und lösen können. ■



...von einem Ort...
zum andern...



...und schlagen unsere Zelte auf

Neu ab 15. Juli 1999:

Lindenstrasse 38, 8008 Zürich

Telefon: Hauptnummer 01/385 91 91
Stellenvermittlung: 01/385 91 70
Kurssekretariat: 01/385 91 80

Fax: 01/385 91 99

e-mail: office@heimverband.ch

Was sich gleich bleibt
ist unsere Briefadresse:
Postfach, 8034 Zürich

Marianne Gerber – neue Leiterin des Bildungsbereichs des Heimverbandes Schweiz

Marianne Gerber, derzeit im Aufbau der Fachstelle SONETZ mit Schwerpunkt Altersarbeit tätig, übernimmt mit offiziellem Amtsantritt am 1. Oktober 1999 die Leitung des Bildungsbereichs des Heimverbandes Schweiz. Sie tritt damit die Nachfolge von Dr. Annemarie Engeli an. Die neue Stellinhaberin wurde am 29. Juni vom Zentralvorstand ehrenvoll gewählt und wird bereits heute in ihrem neuen Wirkungskreis herzlich willkommen geheissen.

Marianne Gerber, 1945 in Grosshöchstetten BE, geboren, absolvierte nach einer vorgängigen Ausbildung an der «Ecole supérieure de Commerce» in Neuenburg und nachfolgenden Sprach- und Arbeitsaufenthalten in London, Vancouver und Madrid das «Institut d'Etudes Sociales» in Genf und schloss mit einem Diplom in Sozialarbeit ab. Ihre berufliche Tätigkeit umfasste in der Folge vor allem die Bereiche Betriebliche Sozialarbeit sowie leitende Funktionen in den Bereichen Behinderung und Bildung. Von 1988 bis 1996 war sie zudem Mitglied der EDK-Kommission «Diplommittelschulen». Wir werden die neue Leiterin des Bildungsbereiches in der Fachzeitschrift vom September 1999 in Wort und Bild vorstellen.

Richtlinien der eidgenössischen
Koordinationskommission für
Arbeitssicherheit (EKAS-Richtlinien)

Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz

Wie bekannt, müssen die Heime bis zum 1. Januar 2000 die Erfordernisse gemäss EKAS-Richtlinien erfüllen.

Die Geschäftsstelle des Heimverbandes Schweiz sucht nach einer passenden Branchenlösung und steht in Kontakt mit der neugegründeten Gesellschaft «Schweizerischer Verein für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz im öffentlichen Bereich», Zürich, die sich diesen Problemen in den Heimen speziell widmet. Die Geschäftsstelle des Heimverbandes Schweiz wird sie auf dem Laufenden halten und bittet Sie, in dieser Sache noch nichts zu unternehmen.

Sommerpause

Wie bereits im vergangenen Jahr,
legt die «Fachzeitschrift Heim» eine Sommerpause ein.

Nach dem Umzug der Geschäftsstelle an die Lindenstrasse 38 in Zürich (Woche vom 12. bis 16. Juli 1999) schliesst die Redaktion ihre neuen Türen, und zwar vom 22. Juli bis 10. August.

Im August erscheint somit keine «Fachzeitschrift Heim», sondern nur (!!!) der Stellenmarkt, welcher Ihnen pünktlich Mitte August zugestellt wird.



Das ganze Redaktionsteam wünscht Ihnen
einen erholsamen Sommer
und verabschiedet sich somit
bis Mitte August.

Die nächste «Fachzeitschrift Heim»
erscheint am 15. September

HRE
für P.H.

SCHAFFHAUSER ALTERS- UND PFLEGEHEIME PRÄSENTIERTEN SICH



Gemeinsames Auftreten aller Alters- und Pflegeheime sowie des Kant. Pflegezentrums auf dem Fronwagplatz in Schaffhausen.

Das laufende Jahr 1999 wurde von der UNO zum «Jahr des älteren Menschen» erklärt. Im Rahmen dieses «UNO-Jahres des älteren Menschen» sind auch in unserem Kanton vielfältige Aktionen geplant. Unter der Koordination der Pro Senectute hat sich auch die Fachgruppe Betagte, Heimverband Schweiz, Sektion Schaffhausen, bereit erklärt, an den Aktivitäten mitzumachen. Verschiedene Alters- und Pflegeheime in unserem Kanton werden im Laufe des Jahres «Tage der offenen Türen» durchführen. Als Auftakt wurde am Samstag, dem 15. Mai, auf dem Fronwagplatz in Schaffhausen ein gemeinsames Auftreten aller Alters- und Pflegeheime und des Kant. Pflegezentrums organisiert. Die Heime stellten sich mit Bild- und Informationsmaterial vor. Es waren VertreterInnen der Heime anwesend, die zu den vielschichtigen Fragen eines Heimaufenthaltes kompetent Auskunft geben konnten. Die gemütliche Atmosphäre in unseren Alters- und Pflegeheimen strahlte auf den Fronwagplatz aus.

Ein Chor von mehr als zwanzig hochbetagten BewohnerInnen sass mitten auf dem Platz und sang mit Akkordeonbegleitung bekannte Weisen. Kaum ein Vorübergehender, dessen Interesse und Neugier sich diesem doch eher ungewohnten Bild entziehen konnte. Wer etwas näherkam und verweilte, wurde nicht enttäuscht. Liebevoll geschmückte Stände mit viel Bild- und Informationsmaterial gaben einen interessanten und abwechslungsreichen Einblick in die Arbeit der Alters- und Pflegeheime. Interessante Gespräche ergaben sich.

Getränke, ein kleiner Imbiss sowie Kaffee und Kuchen wurden gratis abge-

geben. Einige Betagte liessen es sich nicht nehmen, aktiv diesen Tag mitzugestalten. In einer, eigens für diesen Anlass auf dem Fronwagplatz aufgebauten gemütlichen Stube sassen sie mit Strickzeug auf einem kleinen Sofa und luden die Passanten zum gemütlichen Kaffeepausch ein. Das Angebot wurde rege benutzt, und so konnten sich viele aus

erster Hand über das Leben in und um ein Alters- und Pflegeheim informieren. Die Betagten selbst erzählten von ihrem Alltag im Heim. Der Dialog der Generationen war – zumindest an diesem Samstag – auf dem Fronwagplatz keine Utopie.

*Heimverband Schweiz,
Sektion Schaffhausen ■*

Information zum Projekt Tschechien

Vielen, vielen Dank heute schon!

Bis Mitte Juni ist auf der Redaktion eine ganze Reihe von tollen Meldungen eingegangen. Zahlreiche Heime, auch aus den Bereichen Behinderte sowie Kinder und Jugendliche, haben ihren Materialbestand überprüft, Keller und Estrich in Augenschein genommen und dabei viel Brauchbares gefunden, das eigentlich bisher so vor sich hingedöst und gewartet hat...

Wir haben auch finanzielle Unterstützung erhalten, um (wenn nötig) Lastwagen und Fahrer sowie weitere Hilfskräfte und Begleiter für die Sammeltour bezahlen zu können. Mit dem (eventuell) restlichen Geld sollen später weitere Hilfsmittel erworben und nach Tschechien gebracht werden.

**Wir werden alle Spender
nach den Sommerferien rechtzeitig benachrichtigen,
wann, wer, was wo abholt.**

Die Tour wird nach Abschluss der Meldefrist am 10. Juli zusammengestellt.

**Die Sammeltermine sind auf
Ende August / Anfang September festgelegt.**

Wir werden eine Menge Arbeit haben. So hat uns heute morgen (15. Juni) noch per Telefon die Firma Sibir 8 Kühlschränke, 4 Waschmaschinen und 4 Herde zugesagt.

Der Heimverband Schweiz freut sich über das positive Echo zur Sammelaktion und dankt bereits jetzt im Namen der tschechischen Kolleginnen und Kollegen.

Erika Ritter